### Öffentliche Sitzung

### des Gemeinderats

### am Mittwoch, den 09.06.2021

im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:06 Uhr Ende: 19:50 Uhr

#### Anwesend:

### Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

### stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

### CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

### Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Ina Neufeld

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Herr Stadtrat Steffen Suer

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

#### Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

### Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

ab 18:30 Uhr.

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-

Streit

### Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Herr Stadtrat Alexander Hamler

### FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

### Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

### Verwaltung

Frau Inga Adam

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

Frau Iris-Lorena Briciu

Frau Eva Bublitz

Herr Hermann Gaugele

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Dr. Stefan Kroboth

Herr Tobias Müller

Herr Helmut Ott

Herr Hans-Peter Reuter

Herr Thomas Ringel

Herr Michael Schaumann

Frau Anja Tamm

Herr Alexander Trautmann

Frau Edith Wollmann

Frau Franka Zanek

#### Abwesend:

### CDU

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Die Linke

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Nadine Molinari

### Tagesordnung

- **1** Resolution an das Kultusministerium: Flexibilität zugunsten der Schülerschaft in pandemischen Zeiten
- 2 Neuschaffung eines Amtes für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung
- **3** Erklärung zu "Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland"
- **4** Forsteinrichtung 2021 2030 für die Waldungen der Stadt Schwäbisch Gmünd
- **5** Forsteinrichtung 2021 2030 für die Waldungen der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
- **6** Annahme einer Sachspende: Kunstwerk "Stauferfries"
- 7 Baubeschluss Sanierung Südfassade Scheuelbergschule Bargau
- 8 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- **9** Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- **10** Bekanntgaben
- **10.1** Haushaltsgenehmigung der Stadt Schwäbisch Gmünd 2021
- **10.2** Sondernutzungsgebühr
- **10.3** AGV
- **10.4** Impfungen
- **11** Anfragen
- **11.1** Wasserversorgung
- **11.2** Mobile Bäume in der Innenstadt
- **11.3** Transformationsrat
- **11.4** Platanen Schwerzerallee
- 11.5 Freilaufende Hunde im Taubentalwald
- **11.6** Mangel an Rohstoffen im Handwerk

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er gibt bekannt, dass die Sitzungen des Gemeinderats am dem 7. Juli 2021, sofern es die Pandemie-Lage erlaube, ausschließlich in Präsenz stattfinden werden.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

## zu 1 Resolution an das Kultusministerium: Flexibilität zugunsten der Schülerschaft in pandemischen Zeiten

Vorlage: 082/2021

### **Protokoll:**

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> ruft den Tagesordnungspunkt auf und äußert, dass die Frage nach dem Einsatz von Studierenden noch offen sei.

<u>Herr Arnholdt</u> erläutert, dass man hierzu mit der Pädagogischen Hochschule in Kontakt sei. Man werde ein Programm mit dem Bildungsbüro erstellen.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Der in der Anlage beigefügten Resolution an das Kultusministerium zur Flexibilisierung zugunsten der Schüler in Zeiten der Coronapandemie wird zugestimmt.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40 nachrichtlich an Amt:

# zu 2 Neuschaffung eines Amtes für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung

Vorlage: 091/2021

### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

<u>Frau Zanek</u> präsentiert das Amt für Klimaschutz, das geschaffen werden solle (siehe Anlage).

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man schon länger eine Stabsstelle Klimaschutz angeregt habe, nun erhalte man ein Amt. Dies sei zunächst einmal gut, da man die Themen zusammenfasse. Die Ziele habe man bereits formuliert, diese seien gesetzt. Man benötige ein Fachamt, welches die Ziele, die man bereits definiert habe, in 2-Jahresschritten darlege und in einen konkreten finanziellen Rahmen gieße. Es sei nicht nur eine Kommunikations-, sondern vor allem eine Fachaufgabe. Alle Vorlagen sollten künftig auf Klimarelevanz geprüft werden und der Gemeinderat solle die Bewertung des Klimaamtes vorgelegt bekommen. Das Fachamt müsse auch entsprechende Kompetenzen haben, um Zugriff auf andere Ämter zu haben. Es sei richtig, dass Klimaschutz in die Bevölkerung gebracht werden solle. Aber wenn man die Aufgabenstellung sehe, frage sich die Fraktion, ob die geplante Struktur dafür ausreichend fachlich besetzt sei. Man wolle nicht, dass das Amt in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit mache, sondern das Amt müsse konkrete Facharbeit leisten. Gleichzeitig dürfe man das Amt nicht überfordern. Man sei gespannt und wünsche Frau Zanek und dem Team eine gute Einarbeitung und werde es gerne aktiv begleiten.

Oberbürgermeister Arnold bringt zum Ausdruck, dass das fachliche Know-How ja in den Fachämtern vorhanden sei, die fachliche Zuarbeit habe man somit im Rathaus und diese gelte es zu bündeln.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass die SPD-Fraktion seit Jahren darauf dränge, dass das Thema Klimaschutz an vorderster Stelle installiert werde. Immer wieder habe es an der Umsetzung gehakt. Man freue sich darüber, dass man nun ein Fachamt einrichte mit mehr Aufmerksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit für die Themen. Die Neuschaffung habe Oberbürgermeister Arnold als Umorganisation gehandhabt, dieses Recht habe er auch. Der Gemeinderat hätte sich jedoch gewünscht, dass hier mehr Gesprächsbereitschaft und Fingerspitzengefühl im Umgang mit dem Gremium an den Tag gelegt worden wäre. Grundsätzlich sei der Gemeinderat bei der Besetzung von Amtsleitern zuständig. Man wünsche Frau Zanek und dem Frauen-Power-Team aber viel Erfolg und werde konstruktiv zur Seite stehen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei und damit auch eine Aufgabe der Kommunen. Wichtig sei, dass die Bürgerschaft aktiv eingebunden werde, der bisherige Klimarat sei nicht das geeignete Format. Die Bürgerschaft sei sehr aktiv, daher müsse Bürgerbeteiligung einen hohen Stellenwert bekommen und mehr sein als eine Informationsveranstaltung. Man müsse liefern. Gerade die junge Generation habe eine hohe Erwartung und diese dürfe nicht enttäuscht werden. Die Fraktion habe noch acht Fragen:

- Wird es ein eigenes Budget für das Amt für Klimaschutz geben und wie hoch wird es im aktuellen Haushalt sein?
- Wer wird den interfraktionellen Antrag "Lebenswerte Altstadt" federführend vorantreiben?
- Wie wird beim PFIFF/Welcome Center gewährleistet, dass dieses aufgefangen wird?
- Wird das PFIFF am Bahnhof bleiben?
- Bleiben die drei Stellen des Integrationsmanagements erhalten, die im PFIFF angesiedelt sind?
- Bleiben die anderen Angebote für Flüchtlinge und Migranten durch die Netzwerkpartner erhalten?

- Wo hält der Arbeitskreis Asyl künftig seine Sprechstunden ab?
- Wird Frau Zanek bei den Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses anwesend sein, da viele dort behandelte Themen klimarelevant sind?

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es das Amt 11 sein werde, es werde im Dezernat 1 angesiedelt und gleich nach dem Hauptamt geführt, daher habe es einen entsprechenden Stellenwert. Das Budget habe man beraten, das eigene Budget umfasse zunächst die 100.000 Euro. Hier müsse man nochmals darüber sprechen, wie man es budgettechnisch handhabe. Die Federführung für die "Lebenswerte Altstadt" werde nicht beim Amt für Klimaschutz sein, Frau Zanek aber beteiligt sein. Das Welcome Center werde bei Herrn Reuter angedockt sein, auch das Integrationsmanagement werde bleiben. Die Angebote für geflüchtete Menschen würden auch weiterhin bestehen bleiben.

<u>Frau Zanek</u> ergänzt, dass man im Dezernat 2 die fachplanerische Kompetenz habe und diese dort auch bleibe. Man werde vernetzen, moderieren und koordinieren. Diese Kompetenz bringe sie mit ein. Das Welcome Center solle genauso bestehen bleiben an diesem Ort mit den Netzwerkpartnern. Der Arbeitskreis Asyl werde dort auch weiterhin die Sprechzeiten anbieten. Für das Integrationsmanagement habe man eine garantierte Förderung bis 2022. Beim Bau- und Umweltausschuss werde das Team je nach Themen teilnehmen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass Klimaschutz eines der großen Themen der Zeit sei. Wenn hierfür ein eigenes Amt geschaffen werde, sei dies ein großes Zeichen der Verwaltung. Das Amt sei in erster Linie ein Kommunikationsamt, so habe sie die Präsentation wahrgenommen. Man versuche die Bürgerschaft mitzunehmen und führe die Beteiligungsprozesse aus. Die andere Seite sei die wissenschaftliche Seite, die Fachkompetenz. Klimaschutz sei viel mit Bauthemen verbunden, hier benötige man den Input aus dem Baudezernat.

<u>Frau Zanek</u> entgegnet, dass man nicht das neue Kommunikationsamt sei, sondern ein klassisches Querschnittsamt, das neue Projekte initiiere und moderiere, Netzwerkarbeit leiste und Förderungen aufgreife. Man sei die Denkfabrik und der Motor. Ein Teil der Aufgabe sei es, die Menschen mitzunehmen. Bei der Bürgerbeteiligung gebe es verschiedene Facetten.

<u>Cynthia Schneider/DIE LINKE</u> begrüßt es, vor allem, weil das Amt von einer Frau geführt werde.

<u>Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW</u> ist der Meinung, dass man es kostenneutral umsetzen müsse.

<u>Stadträtin Heusel/SPD</u> ist die Einbeziehung der verschiedenen Agenda-Arbeitskreise wichtig.

Herr Koldzic/Integrationsrat führt aus, dass Integration eines der wichtigsten kommunalpolitischen Themen sei, daher sei es richtig, dass das Thema weiterhin Chefsache bleibe. Frau Zanek habe bisher sehr gute Arbeit geleistet. Er bedankt sich daher im Namen des Integrationsrates und wünscht viel Erfolg und ein glückliches Händchen bei der neuen Stelle.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt:10.2 nachrichtlich an Amt:

# zu 3 Erklärung zu "Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland" Vorlage: 099/2021

### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Lieb/SPD</u> findet es wichtig, dass man das Gesetzgebungsverfahren berücksichtige. Die Resolution begrüße man. Ihn störe auch die Beteiligungsrechte von Betriebsräten. Dies sei ein Schwachpunkt.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE wünscht sich eine Aktualisierung der Homepage.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Resolution "Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland", ins Leben gerufen von der "Initiative Lieferkettengesetz" zu. Oberbürgermeister Richard Arnold unterzeichnet die Resolution.
- 2. Die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd wird damit beauftragt, wo möglich, die faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung auszuweiten.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1.1 nachrichtlich an Amt:

### zu 4 Forsteinrichtung 2021 - 2030 für die Waldungen der Stadt Schwäbisch Gmünd Vorlage: 089/2021

### **Protokoll:**

Tagesordnungspunkt 4 und 5 werden gemeinsam behandelt.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> begrüßt Herrn Weiher (Landratsamt Ostalbkreis) und Herrn Schuler (Regierungspräsidium Freiburg).

Herr Schuler präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vortrag.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Der Wald sei durch die Corona-Pandemie als Erholungswald wiederentdeckt worden. Es sei daher eine große Aufgabe, den Wald in seiner Erholungsfunktion zu erhalten. Hier stehe die Fraktion zu 100 Prozent dahinter. Man habe unterschiedliche Ergebnisse zum Hospitalwald und Stadtwald. Er erkundigt sich, wo die Potenzialflächen liegen würden. Außerdem fragt er nach der CO2-Speicherung von Bauholz und ob die Vortragenden etwas zum Thema Holzmarkt sagen könnten. Darüber hinaus erkundigt er sich, warum Eichenstämme teilweise sehr lange am Waldrand lagern würden und ob es hierfür einen Grund gebe.

<u>Herr Schuler</u> antwortet, dass es eine grundsätzliche Beobachtung sei, dass die Bevölkerung den Wald nutze. Wenn man sich die Zahlen anschaue sehe man, dass man auf einem sehr guten Weg sei.

<u>Herr Weiher</u> ergänzt, dass man verschiedene Projekte initiieren werde. Zu den Lagerungen führt er aus, dass man die Fällungen auch verkauft habe. Jedoch würden die Sägewerke teilweise vergessen, das bereits bezahlte Holz abzuholen. Im Wald selbst liege Totholz aus ökologischen Gesichtspunkten.

<u>Stadtrat Maihöfer/CDU</u> bedankt sich für den Vortrag. Es sei wichtig, die Ziele im Auge zu behalten.

<u>Stadträtin Heusel/SPD</u> bedankt sich ebenfalls. Wichtig sei, dass man diese Schutzfunktion erhalte. Sie erkundigt sich nach den idealen Bäumen sowie dem Verhältnis von Stadtwald zu Privatwald.

<u>Herr Schuler</u> antwortet, dass man den idealen Baum noch nicht gefunden habe. Man müsse sich breit aufstellen und das Portfolio erweitern. Bei Nadelbäumen setze man zusätzlich auf die Douglasie. Man habe auf eine Mischpalette gesetzt.

<u>Herr Weiher</u> ergänzt, dass im Ostalbkreis die mehrheitliche Waldfläche im Privatbesitz sei.

<u>Stadtrat Fritz/DIE LINKE</u> erkundigt sich ebenfalls nach den Holzpreisen und ob es keine Möglichkeit gebe, das Holz in der Region zu lassen. Einerseits sei der Wald wichtig und andererseits vermarkte man das Holz nach Übersee, was CO2 verursache. Außerdem bittet er darum, die Bürger frühzeitig über Abholzungen zu informieren, um Nachfragen beziehungsweise Verärgerungen zu vermeiden.

<u>Herr Weiher</u> antwortet, dass man die Anregung mitnehmen werde. Das Thema Holzpreis sei ein großes Problem, das man nicht so leicht in den Griff bekomme. Die Sägewerke seien frei in ihrer Entscheidung, vor allem größere Sägewerke seien nicht darauf angewiesen, vergleichsweise geringe Mengen an Holz unter der Maßgabe zu kaufen, dass dieses nur regional vermarktet werden dürfe.

<u>Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste</u> bedankt sich für den Vortrag.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach einer Übersichtskarte des Waldes in Papierform, die es vor ein paar Jahren schon einmal gegeben habe. Außerdem führt sie aus, dass es unterschiedliche Erkenntnisse aus der Wissenschaft bezüglich der Harmonisierung von Wald und Wild gebe. Sie erkundigt sich, inwieweit dies auch umgesetzt sei.

<u>Herr Schuler</u> antwortet, dass die Jagd immer auch ein emotionales Thema sei. Es gebe unterschiedliche Bereiche, daher brauche es Kommunikation zwischen den örtlich Agierenden und den Jägern, hier könne man Vieles regeln. Man könne die Pachtverträge entsprechend gestalten.

<u>Stadtrat Kaiser/CDU</u> erkundigt sich, inwieweit es einen Konsens mit den Privatwaldbesitzern gebe bei Schwierigkeiten wie beispielsweise Käferholz. Außerdem erkundigt er sich, ob man durch die zunehmend eingesetzten erneuerbaren Energien mehr Holz benötige oder ob man mit den bestehenden Waldflächen auskomme.

Herr Weiher antwortet, dass mittelfristig kein Mangel in Sicht sei.

<u>Stadträtin Abele/Die Bürgerliste</u> erkundigt sich, was mit dem Käferholz passiere, da es inzwischen auch als Bauholz eingesetzt werden könne.

<u>Herr Weiher</u> antwortet, dass je länger das Käferholz im Wald liege, desto weniger sei es wert und auch eingeschränkter in der Verwendung.

<u>Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen</u> erkundigt sich, wann die Jagdpachtverträge auslaufen würden und ob der Gemeinderat hier ein Mitspracherecht habe.

<u>Herr Hackner</u> antwortet, dass das Landesjagdgesetz klare Vorgaben mache. Die Jagdgenossenschaften gebe es in jedem Stadtteil, diese würden die Pachtverträge schließen.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Dem periodischen Betriebsplan (Forsteinrichtungswerk) für die Waldungen der Stadt Schwäbisch Gmünd für das Jahrzehnt 2021 – 2030 wird zugestimmt.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20 nachrichtlich an Amt:

## zu 5 Forsteinrichtung 2021 - 2030 für die Waldungen der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd

Vorlage: 088/2021

### **Protokoll:**

Siehe TOP 4.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Dem periodischen Betriebsplan (Forsteinrichtungswerk) für die Waldungen der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd für das Jahrzehnt 2021 – 2030 wird zugestimmt.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20 nachrichtlich an Amt:

## zu 6 Annahme einer Sachspende: Kunstwerk "Stauferfries" Vorlage: 095/2021

### **Protokoll:**

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> begrüßt Frau Verena Gruber-Ballehr, Frau Almuth Gruber-Ballehr und bedankt sich für das großartige Engagement auch bei Herrn Dr. Helmut Gruber-Ballehr, der bei der Sitzung nicht dabei sein kann.

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein.

<u>Frau Verena Gruber-Ballehr</u> und <u>Frau Almuth Gruber-Ballehr</u> stellen den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Baumhauer/CDU bedankt sich für den Vortrag. Man werde dem zustimmen. Wenn man die Vergangenheit betrachte, sei die Bedeutung der Kunst im öffentlichen Raum durch die Landesgartenschau und die Herzogin von Württemberg gestiegen. Es sei daher schön, dass man dieses Kunstwerk habe, ohne dass sich die Stadt finanziell beteiligen müsse. Es sei eine gute Idee und ein großes Werk, er bedanke sich bei der Familie. Er sei zuversichtlich, dass die restlichen Gelder zusammenkommen würden.

<u>Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen</u> bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung. Es seien bereits beeindruckende Spenden zusammengekommen. Man könne es als Monumentalwerk bezeichnen. 300.000 Euro als Zielmarke, 124.000 Euro habe man

bereits zusammen. Die Bereitschaft mitzumachen, stoße auf Wohlwollen. Wenn es um Geld gehe, habe man immer auch einen Blick auf die Stadtkasse. Man habe Bedenken, dass sich Unmut rege, wenn das Kunstwerk nur zum Teil hänge. Man lege daher Wert darauf, dass die Stadt keine eigenen Finanzmittel für die Investition aufbringe, weder jetzt noch in Zukunft.

<u>Erster Bürgermeister Baron</u> antwortet, dass dies von Anfang an so besprochen gewesen sei. Bis zur Anbringung sei der Verein verantwortlich, für die Betriebskosten die Stadt.

<u>Frau Verena Gruber-Ballehr</u> antwortet, dass man zuversichtlich sei, dass man die Gelder zeitnah einwerben könne.

<u>Stadtrat Dr. Beck/SPD</u> bedankt sich für das große bürgerschaftliche und kulturelle Engagement. Die SPD-Fraktion sei zuversichtlich, man freue sich auf die Installation.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für das Engagement. Da die Stadt die Betriebskosten übernehme, erkundigt er sich nach einer groben Schätzung, in welcher Höhe diese anfallen würden. Außerdem erkundigt er sich, aus welchem Etat diese Kosten bestritten werden sollen. Das Etat für die Gmünder ART sei sehr begrenzt und schon lange nicht mehr erhöht worden. Außerdem erkundigt er sich, ob das Fries schon fertiggestellt worden sei.

<u>Herr Bantel</u> führt aus, dass sich die Stromkosten auf etwa 2.500 Euro pro Jahr belaufen würden, die Reinigung verursache Kosten in Höhe von 1.000 Euro pro Reinigung. Man habe derzeit mit einer Reinigung pro Jahr geplant, dies werde voraussichtlich jedoch nicht erforderlich sein.

<u>Herr Bartl/HB Laser</u> ergänzt, dass man das Werk so konzipiert habe, dass der Reinigungsaufwand gering sei. In der ursprünglichen Konzeption seien mehr Leuchtmittel berücksichtigt gewesen, durch die verringerte LED-Beleuchtung könne man weitere Kosten sparen.

<u>Frau Gruber-Bellehr</u> erläutert, dass der Spendenstand derzeit bei 124.000 Euro liege. Sie appelliere an Firmen, etwas zu spenden.

<u>Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen</u> äußert, dass man sehr stolz sei. Es könnte auch für das Stadtmarketing genutzt werden.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass die Remsgalerie schon damals für Diskussionen gesorgt habe, noch heute gebe es erhebliche Zweifel an der Architektur und der äußeren Darstellung. Wenn man als Tourist nach Schwäbisch Gmünd komme, treffe man auf einen hervorragend gestalteten Remspark und das Forum Gold & Silber, dann komme man an einer trostlosen Remsgalerie vorbei. Die Lücke werde durch das Kunstwerk aufgewertet wie es gar nicht besser sein könne. Er habe daher höchste Anerkennung vor dem Verein und vor Herrn Dr. Helmut Gruber-Ballehr. Er sei sicher, wenn der bisher finanzierte Teil des Kunstwerkes angebracht werde, würden auch die anderen Spenden zusammenkommen. Es handle sich um eine Bereicherung für die Stadt, daher könne man die Energiekosten auch tragen. Es wäre fahrlässig, dieses Geschenk nicht anzunehmen, man müsse es so weitgehend und intensiv

wie möglich unterstützen. Die Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen.

<u>Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW</u> schließt sich den Vorrednern an. Es sei ein Alleinstellungsmerkmal.

<u>Stadträtin Abele/Die Bürgerliste</u> bedankt sich ebenfalls. Es sei beeindruckend, dass sich Menschen für Kunst im öffentlichen Raum engagieren.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (4 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Annahme des Kunstwerks "Stauferfries" unter der Maßgabe der aus dem Spendenvertrag (Anlage 2) ersichtlichen Regelungen als Sachspende zu.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2, 3

nachrichtlich an Amt:

# zu 7 Baubeschluss Sanierung Südfassade Scheuelbergschule Bargau Vorlage: 071/2021

### **Protokoll:**

Ohne Aussprache.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

- 1. Der weiteren energetischen Sanierung der Scheuelbergschule für den ersten Bauabschnitt Süd (Fassadensanierung) wird zugestimmt.
- 2. Die Stadt beantragt für die Sanierung Schulbauförderungsmittel beim Land Baden-Württemberg.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65

nachrichtlich an Amt:

# zu 8 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen Vorlage: 097/2021

### **Protokoll:**

Ohne Aussprache.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20 nachrichtlich an Amt:

### zu 9 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO

### **Protokoll:**

Herr Ott gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt (siehe Anlage).

### zu 10 Bekanntgaben

### zu 10.1 Haushaltsgenehmigung der Stadt Schwäbisch Gmünd 2021

### **Protokoll:**

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> gibt bekannt, dass die Haushaltsgenehmigung vorliege (siehe Anlage).

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20 nachrichtlich an Amt:

### zu 10.2 Sondernutzungsgebühr

### **Protokoll:**

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> gibt bekannt, dass man auf die Sondernutzungsgebühr in der Außengastronomie, bei Kundenstoppern und Warenauslagen bis auf Weiteres (Jahr 2021) verzichten werde.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30 nachrichtlich an Amt:

### zu 10.3 AGV

### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Bucher/SPD</u> erläutert in der Funktion als Dachverbandsvorsitzender die diesjährigen Planungen und Termine der Altersgenossenvereine. Der Jahrgang 1980 plane für Juli, der überwiegende Teil werde im September das Jahrgangsfest machen.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: nachrichtlich an Amt: 13

### zu 10.4 Impfungen

### **Protokoll:**

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass die Stadt alles getan habe, um den Impffortschritt zu unterstützen und auch weiterhin alles dafür tun werde. Mittlerweile habe man neben dem Kreisimpfzentrum auch Hausärzte, die impfen könnten. Die Stadt habe auf Initiative des Landrats und des Landes die Gelegenheit ergriffen, in Quartieren mit dichten Besiedlungen Impfungen durchzuführen. Hierdurch konnten 1.400 Menschen geimpft werden. Daneben hätten Herr Dr. Winker, dessen Frau und weitere 20 Fachärzte in Zusammenarbeit mit den Maltestern und der Bergwacht große Mengen an AstraZeneca bestellt, hier habe man weitere 1.100 Menschen impfen können. Diese Impfdosen habe man vor allem an die Gruppe der Lebensmitteleinzelhändler, die Gastronomen und die Betriebe verabreicht.

### zu 11 Anfragen

### zu 11.1 Wasserversorgung

### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Schwab/SPD</u> führt aus, dass sich Deutschland zwei Grad Celsius erwärmt habe, die Auswirkungen sehe man auch beim Wasser. Der Bund habe daher eine nationale Wasserstrategie veröffentlicht. Er möchte einen Bericht zum derzeitigen und künftigen Versorgung der Bevölkerung mit Wasser.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass dies vor allem ein Thema der Stadtwerke sei und sich daher der Aufsichtsrat damit befasse. Man werde berichten.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke nachrichtlich an Amt:

#### zu 11.2 Mobile Bäume in der Innenstadt

### **Protokoll:**

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich nach den Kosten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies nachreichen werde.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2, 68 nachrichtlich an Amt:

#### zu 11.3 Transformationsrat

### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Lieb/SPD</u> erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zu ASPEN und der Wasserstoffregion. Konkret möchte er wissen, wann sich der Transformationsrat damit auseinandersetze. Man müsse die Vorgehensweise überdenken, ob man den Fokus weiterhin auf Unternehmen setze oder eher auf Forschungseinrichtungen. Momentan seien es Luftschlösser, man sei der Bevölkerung einen Fahrplan schuldig.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> führt aus, dass er entscheidend auf die Gewerkschaften und Betriebsräte setze, damit es zu Gunsten der Stadt ausfalle. Im Hintergrund tue sich viel. Er werde das Schweigen brechen, wenn es die Zeit gebiete. Der Transformationsrat müsse zusammentreten, sobald man sich wieder in Präsenz treffen könne. Man sei hier in der Abstimmung.

<u>Herr Groll</u> präsentiert den aktuellen Projektstand zum Thema Modellregion Grüner Wasserstoff (siehe Anlage).

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4 nachrichtlich an Amt:

#### zu 11.4 Platanen Schwerzerallee

### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Kaiser/CDU</u> weist auf den Pilzbefall der Platanen in der Schwerzerallee hin. Er erkundigt sich, inwieweit eine künftige Gefährdung der Bäume bestehe und ob man über eine Verjüngung des Baumbestandes nachdenken müsse. Außerdem möchte er wissen, ob es Gefahr in Verzug für die Verkehrsteilnehmer sei.

<u>Bürgermeister Mihm</u> antwortet, dass dieses Problem bekannt sei, man beobachte diese Bäume verschärft. Es bestehe keine Gefahr in Verzug für den Verkehr.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: nachrichtlich an Amt: 68

### zu 11.5 Freilaufende Hunde im Taubentalwald

### **Protokoll:**

<u>Stadträtin Abele/Die Bürgerliste</u> erkundigt sich, ob man freilaufende Hunde im Taubentalwald untersagen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

<u>Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen</u> äußert, dass Hunde grundsätzlich im Wald freilaufen gelassen werden könnten. In bestimmten Bereichen könne die Stadt jedoch eine Leinenpflicht anordnen, im Taubental wäre dies aus ihrer Sicht auch sinnvoll.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30 nachrichtlich an Amt:

### zu 11.6 Mangel an Rohstoffen im Handwerk

### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste</u> bittet um Verständnis für die derzeit angespannte Situation.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: nachrichtlich an Amt: 10.4

### Für die Richtigkeit!

Den Oberbürgermeister:	Den Stadtrat:	DenSchriftführer:
	DenStadtrat:	
Gesehen!		
Den Stadtkämmerei:		